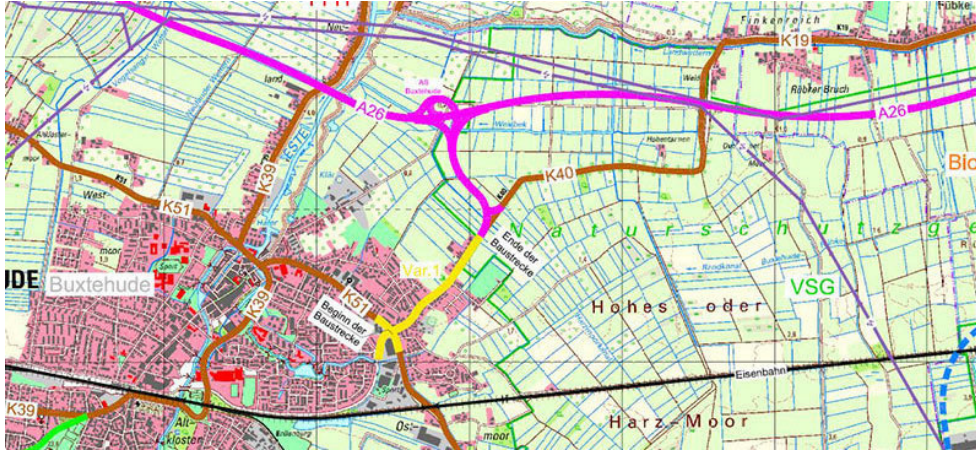


Buxtehude sagt Nein zur Rübker Straße



BUXTEHUDE. SPD, Grüne, BBG/FWG und FDP sind gegen den Ausbau der Rübker Straße und hoffen weiterhin, dass die Stadt Buxtehude über eine kleine Ostumgehung an die A 26 angeschlossen werden kann.

Die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung am Dienstagabend hat bestätigt, was sich bereits in den vergangenen Tagen abgezeichnet hat. Es gibt in der Buxtehuder Politik trotz der Änderungen in den Planungen eine klare Mehrheit gegen den Ausbau der Rübker Straße zum Autobahn-Zubringer für die Autobahn A 26.

SPD, Grüne, BBG/FWG und FDP sind gegen den Ausbau der Rübker Straße und hoffen weiterhin, dass die Stadt Buxtehude über eine kleine Ostumgehung an die A 26 angeschlossen werden kann. Das Planfeststellungsverfahren habe gezeigt, dass der Ausbau der Rübker Straße nicht zu realisieren sei. „Wir appellieren an den Kreistag, die eingegangenen Anliegen und Bedenken ernst zu nehmen und kritisch abzuwägen, was zum Ergebnis führen wird, dass eine Baumaßnahme auf der K-40-Trasse nicht durchführbar sein wird“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung von SPD, BBG/FWG und FDP. „Wir fordern den Landrat auf, seine starre Haltung zur K 40 aufzugeben und die Vorbereitung der Abwägung im oben genannten Sinn zu treffen, um ein langwieriges Klageverfahren zu vermeiden und einen zügigen Beginn einer Alternativplanung zu ermöglichen“, so die drei Parteien an die Adresse von Landrat Michael Roesberg. „Der Ausbau der Rübker Straße ist für die Anwohner unzumutbar und würde deren Gesundheit beeinträchtigen“, sagt Michael Lemke, Fraktionschef der Grünen.

Nur die CDU-Vertreter im Ausschuss waren anderer Meinung. „Das ist kein Wunschkonzert und wir machen eine Planung für die ganze Stadt und nicht für eine Anliegerstraße“, konterte CDU-Fraktionschefin Arnhild Biesenbach die ablehnende Haltung der Mehrheit. Wer die Rübker Straße nicht wolle, solle ehrlich sagen, dass er gar keine Abfahrt für Buxtehude wolle. Offen bekennen sich zu dieser Alternative nur die Grünen. Lemke forderte den Abschied von der Idee einer Abfahrt Buxtehude Mitte und gemeinsame Gespräche, um andere Lösungen zu finden. Formal ging es in der Sitzung um die Stellungnahme der Stadt Buxtehude im Rahmen des Beteiligungsverfahrens für die Änderungen im Planfeststellungsentwurf. Die Fachleute in der Bauverwaltung der Hansestadt

Buxtehude kritisieren Teile des Planfeststellungsbeschlusses erheblich und bescheinigen ihren Kollegen in der Landkreis-Verwaltung eine ganze Reihe von handwerklichen und fachlichen Fehlern. Die Planungen seien in Teilen nicht umsetzbar und nicht zukunftsorientiert, sagte Stadtplanerin Anette Mojik-Schneede. Trotz der unterschiedlichen Einordnung der Frage, ob die Rübker Straße geeignet ist, wurde die Stellungnahme der Stadt einstimmig verabschiedet.

Bei der Kritik an den Unterlagen ging es um mehrere Punkte. Zum Beispiel gebe es Widersprüche bei der Frage, ob die geplante Ampelkreuzung Harburger Straße/Rübker Straße den errechneten Verkehr in Spitzenzeiten bewältigen kann. Dabei geht es um die Verkürzung der Rechtsabbiegerspur in der Rübker Straße. Außerdem seien die Anliegerstraßen zu schmal und würden dem Standard der städtischen Straßen nicht genügen. Die Anliegerstraßen sind im Wesentlichen mit einer Breite von 4,10 Meter geplant. Eine Folge davon wäre, dass Anwohner ihre Mülltonnen bis zu 100 Meter weit schieben müssten, weil die Müllabfuhr in die Stichstraßen nicht mehr hineinfahren könnte.

Die Politik nutze die vermeintlichen Schwachstellen in der Planung für massive Kritik an der Landkreis-Verwaltung. „Diese Planung ist Chaos von A bis Z, und jede neue Änderung macht es nur noch schlimmer. Es geht nicht über die Rübker Straße“, so SPD-Fraktionschefin Astrid Bade. Die Planer hätten die Anwohner vergessen, vermutete Wilfried Peper (BBG/FWG). „Das ist die schlechteste Planung, die ich in 20 Jahren im Bauausschuss gesehen habe“, sagte SPD-Frau Birgit Wilgorski.

So geht es weiter

Das Planfeststellungsverfahren soll im Sommer beendet sein. Das Nein der Stadt hat keine aufschiebende Wirkung. Politisch stoppen kann nur noch der Stader Kreistag das Projekt. Nach jetzigem Stand wird der Kreistag im Juni über den Planfeststellungsbeschluss abstimmen. Gibt es im Kreis wie bisher eine Mehrheit für den Ausbau der Rübker Straße, werden die Verwaltungsgerichte darüber entscheiden, ob die Planungen umgesetzt werden dürfen.
